

90 Jahre Generalstreik Olten

Der Landes-Generalstreik vom November 1918 ist das wichtigste innenpolitische Ereignis des 20. Jahrhunderts (wie der Historiker Willi Gautschi als erster formuliert hatte). Zwar endete der Generalstreik zunächst in einer Niederlage, weil das Oltnere Aktionskomitee nach dem Ultimatum und dem Armeeaufgebot jedes Blutvergiessen vermeiden wollte und deshalb den Streik abbrach, ohne dass die Forderungen erfüllt worden wären. Trotzdem erschoss die Armee noch am 14. November 1918, also am Tag nach dem Streikabbruch, in Grenchen drei Arbeiter. Dass die Arbeiter von hinten erschossen wurden, zeigt, welchen Charakter der Militäreinsatz an vielen Orten hatte: eine brutale Machtdemonstration gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter, also gegen die eigene Bevölkerung.

Endete die Streikbewegung nach dem Einsatz der Armee zunächst in einer Niederlage, so war sie auf längere Sicht trotzdem ausserordentlich erfolgreich. Was das gerade in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder aufgetretene Paradox bestätigt, dass kurzfristige Niederlagen sich längerfristig unversehens zu Erfolgen wenden. Im Rückblick formulierte sie neun Forderungen des „Aufruf zum Generalstreik“ vom 11. November 1918 – heute vor 90 Jahren – nämlich nicht weniger als das Programm für den sozialen und politischen Fortschritt in der Schweiz im 20. Jahrhundert.

Einige der Forderungen wurden rasch realisiert, zum Beispiel das Proporzwahlrecht und der Acht-Stundentag bei damals allerdings noch sechs Arbeitstagen in der Woche. Was das bedeutete, kann man daran ermesen, dass die Höchstarbeitszeit pro Woche damals auf einen Schlag um mindestens sechs Stunden, also von 54 auf 48 Stunden, verkürzt wurde, ohne jede Lohnreduktion. So etwas gab es vorher und nachher nie mehr. Dazu kamen weitere sozialpolitische Fortschritte, der so genannte „sozialpolitische Galopp“ in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre.

Bei anderen Forderungen dauerte es bekanntlich länger. Bis zur Einführung der AHV, der grössten sozialpolitischen Errungenschaft der Arbeiterbewegung – und überhaupt des schweizerischen Bundesstaates – ging es dreissig Jahre, eine ganze Generation. Und die Frauen mussten sogar bis 1971, also mehr als fünfzig Jahre, warten, bis ihnen die Männerdemokratie das Stimm- und Wahlrecht endlich zubilligte. Aber Schritt um Schritt, den vielen Rückschlägen zum Trotz, konnten die berechtigten Forderungen des Aufrufs zum Generalstreik realisiert werden. Die in der Schweiz in dieser Grössenordnung nie dagewesene Streikbewegung hatte dem Programm mit seinen Forderungen elementarer Gerechtigkeit das nötige Gewicht verliehen. Das Bürgertum konnte und wollte keine zweite solche Konfrontation mehr riskieren.

Wo stehen wir heute, acht Jahre nach dem Beginn des 21. Jahrhunderts? Weniger als zwanzig Jahre ist es her, seit nach dem Fall der Berliner Mauer das „Ende der Geschichte“ verkündet wurde. Die Jahre seither sind politisch von erschreckenden Rückfällen in einen überholt geglaubten Nationalismus und Rassismus und eine vorher schwer vorstellbare Ethnisierung der Politik geprägt. Ökonomisch und gesellschaftlich waren es Jahre, die von den Forderungen der Neoliberalen geprägt wurden: Lohnexzesse und Steuervorteile für die hohen und höchsten Einkommen einerseits, Druck auf die kollektiven Regulierungen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und insbesondere auf den Sozialstaat auf der anderen Seite. Also nichts anderes als ein Klassenkampf, nämlich ein Klassenkampf von oben nach unten. Dieser Zyklus kommt an sein Ende. Der Beinahe-Zusammenbruch des Finanzsektors ist ein Ausdruck davon. Er ist durch den Monetarismus an den Abgrund gebracht worden, aus dem nur in ihrem Ausmass bis vor kurzem unvorstellbare staatliche Interventionen wieder heraushelfen können. Wieder, wie zur Zeit des Generalstreiks, operiert der Bundesrat ausserhalb aller normalen Regeln der Rechtssetzung, mit Notrecht, diesmal um die UBS retten zu können. Das 68-Milliarden-Paket zugunsten der UBS übersteigt die finanziellen Dimensionen, die die Schweiz je gesehen hat, um ein Vielfaches.

Wir leben in widersprüchlichen, aber auch dialektischen Zeiten. Sie sind nicht nur geprägt vom Beinahe-Zusammenbruch des Finanzsektors. Seit letztem Dienstag hat die Kategorie des Fortschritts für

alle weltweit sichtbar wieder Einzug in die Geschichte gehalten, und für einmal hat das extrem reduktionistische amerikanische Wahlsystem wieder einen realen Gegensatz auf den Punkt gebracht.

Wer aber glaubt, dass die Imagination amerikanisch sei und sich bei uns sowieso nie etwas ändert, dem sei gesagt, dass auch in der schweizerischen Gesellschaft mehr in Bewegung ist als man oft glaubt. Aber es braucht auch in der Schweiz endlich wieder eine klare Perspektive für den Fortschritt. In Richtung sozialer Errungenschaften, die sich an den heutigen sozialen Bedürfnissen orientieren, und damit für eine Reformpolitik, die sich wieder am Positiven für die Menschen und nicht am Abbau orientiert. Und der Sozialstaat und der Leistungsstaat als Bedingung und Voraussetzung der Freiheit der Menschen und nicht als Gegensatz dazu. Und für mehr Chancengleichheit und persönliche Freiheit und die Bejahung der Vielfalt der Menschen nach ihrer Herkunft, nach ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Orientierung. Und gegen die Verkürzung der demokratischen Rechte. Es verletzt die demokratischen Prinzipien, wenn Menschen während Jahrzehnten hier leben und arbeiten oder sogar hier geboren sind und trotzdem kein Stimm- und Wahlrecht haben.

Die Geschichte ist nicht einfach etwas für die Gelehrten. Die Herausforderungen für die Zukunft bewältigen wir nur, wenn wir unsere Geschichte kennen. Die grosse Tradition der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbewegung, verpflichtet uns, nach vorne zu blicken. Die Arbeiterbewegung war die erste politische Bewegung armer und unterdrückter Menschen, die als politisches Subjekt die Lebensbedingungen machtpolitisch wirksam verändert hat. Dieses grosse Erbe verpflichtet uns, es auch für die Zukunft fruchtbar zu machen.

Denn es bleibt dabei: Als einzelne – und Vereinzelte – haben die abhängig arbeitenden Menschen wenig zu sagen. Aber wenn sich die Abhängigen zusammenschliessen, dann haben sie eine grosse Macht. Und der Streik ist, wie die Geschichte zeigt, ein friedliches, aber sehr wirksames Kampfmittel.

11.11.2008

Paul Rechsteiner